

# monitor



## Mit Seziermesser und Holzhammer

Hintergrund ☉ Wie Sicherheitsbehörden die Deutungshoheit über »Rechtsextremismus« erlangen wollen

**Kein Zweifel: Der Wind ist rauher geworden für antifaschistische Institutionen, die über die extreme Rechte informieren. Durch die Kürzung von Fördermitteln kann Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit vielerorts allenfalls semiprofessionell geleistet werden. Dennoch setzen viele aus der Basisarbeit entstandene Institutionen und Initiativen seit Jahren die Standards in puncto Informationen und Analysen. Sicherheitsbehörden nehmen dies als lästige Konkurrenz wahr. Eigene Bildungsangebote werden formuliert und es wird gemobbt. Einerorts wird das Seziermesser angesetzt, andererorts der Holzhammer ausgepackt: Über die Diffamierung und Stigmatisierung antifaschistischer Projekte als »extremistisch« sollen deren Einfluss auf die Meinungsbildung beschnitten und diese ins gesellschaftspolitische Abseits gedrängt werden.**

Die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle (*aida*) in München ist eine feste Größe der antifaschistischen Arbeit in Bayern. *aida* ist Bestandteil verschiedener Netzwerke, leistet seit 19 Jahren kontinuierliche Arbeit und wurde dafür mehrfach mit Preisen ausgezeichnet.

### »Linksextremistisch beeinflusste« Bildungsarbeit in Bayern

Ausgerechnet *aida* wird nun im aktuellen bayerischen Verfassungsschutzbericht als angeblich »linksextremistisch beeinflusste« Organisation benannt. Exakt zum selben Zeitpunkt erhielt der Bayerische Jugendring (BJR), bei dem die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus angesiedelt ist, Post von den Schlapphüten, in der dem BJR nahe gelegt wird, *aida* aus seinem Netzwerk auszuschließen. Die Begründung, die vom Innenministerium stotternd nachgeliefert wurde, ist hanebüchen: *aida* führe auf seiner Homepage Links zu angeblich »extremistischen Gruppen« und am Rande einer Veranstaltung, zu der ein *aida*-Referent eingeladen war, sei es zu Auseinandersetzungen zwischen »Links- und Rechtsextremisten« gekommen. Das Manöver ist allzu durchsichtig. »Vielleicht«, so formuliert es Siegfried Benker, Chef der Grünen im Münchner Rathaus, »fürchtet der Verfassungsschutz um sein Recherchemonopol«.

Dass Benker mit dieser Einschätzung offenkundig richtig liegt, zeigt ein weiterer Fall aus Bayern. Als am 28. März 2009 zum wiederholten Male Neonazis durch die mittelfränkische Kleinstadt Gräfenberg zogen, wurde dem protestieren-



Dokumentation unerwünscht.

den Bürgerforum Gräfenberg von den Behörden eine geradezu groteske Auflage erteilt: Den Nazi-gegnerInnen wurde untersagt, Film- und Fotoaufnahmen von dem Neonazi-Aufmarsch zu machen. Doch was soll mit einer derartigen Auflage bezweckt werden, außer zu verhindern, dass AntifaschistInnen Dokumentationsmaterial für ihre Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit erhalten?

### »Diskursorientierter Linksextremismus« in Nordrhein-Westfalen

Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen, der sich zum Erkenntnisgewinn und in seiner Berichterstattung immer wieder gerne aus antifaschistischen Zeitungen bedient, versucht sich derweil an einem ähnlichem Konstrukt: Das Innenministerium in Nordrhein-Westfalen führt in seinem Verfassungsschutzbericht über das Jahr 2008 zum ersten Mal die bereits seit zehn Jahren erscheinende Zeitschrift *LOTTA - antifaschistische Zeitung aus NRW* auf. Eine Begrün-

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (**apabiz**)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de  
<http://www.apabiz.de>

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unsere Mailingliste auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe [www.apabiz.de](http://www.apabiz.de)) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im *monitor*, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter [www.apabiz.de](http://www.apabiz.de).



*Bilder, die die Welt nicht mehr sehen soll:  
Marschierende Neonazis im fränkischen Gräfenberg.*

## APABIZ goes ZDB

**Berlin** • Das *apabiz* hat im März 2009 begonnen, seine Zeitschriftenbestände an die zentrale Zeitschriftendatenbank (ZDB, [www.zdb-opac.de](http://www.zdb-opac.de)) zu melden. Die ZDB ist das weltweit größte Verzeichnis von Zeitschriften und Zeitungen. Der

Schwerpunkt liegt hierbei auf deutschsprachigen Veröffentlichungen bzw. bei den Beständen von deutschen Bibliotheken und Archiven. Das *apabiz* ist unter dem Bibliothekssigel B 1580 in der Datenbank zu finden. Als erster Bestand des *apabiz* wurde der ZDB unser Rundbrief *monitor* gemeldet.

In Zukunft werden wir die wichtigsten Zeitschriften aus den verschiedenen Teilbereichen des Archivs an die ZDB melden. Aufgrund des großen Zeitaufwandes ist es uns leider nicht möglich, die gemeldeten Bestände über die Zeitschriftendatenbank per Fernleihe zur Verfügung zu stellen. ◀

## Surriles »Fürstentum« in Brandenburg gegründet

**Brandenburg** • Ein Refugium für rechte Esoterik, für HolocaustleugnerInnen und Verschwörungsfreaks droht im Nordwesten des Landes Brandenburg zu entstehen. Am 15. Februar wurde in Krampfer (Gemeinde Plattenburg, Landkreis Prignitz) in einem eigens erworbenen verfallenen Schloss ein »Fürstentum Germania« ausgerufen. Beteiligt ist unter anderem der antisemitische Verschwörungsautor JO CONRAD und einige »Reichsbürger« aus Berlin und Brandenburg. Bewohnt wird das »Fürstentum« nur von einer Handvoll »Pioniere«, eine dreistellige Unterstützerzahl leistet jedoch Aufbauhilfe. Eine detaillierte Analyse des skurrilen »Fürstentums« findet sich auf dem Brandenburger Infoportal [www.inforiot.de](http://www.inforiot.de). ◀

## HDJ huldigt der Wiking Jugend

**Bundesweit** • Die HEIMATREUE DEUTSCHE JUGEND (HDJ) verbreitet in ihren Werbefilmen Inhalte der verbotenen WIKING JUGEND (WJ). In einem seit Anfang 2008 verbreiteten Werbevideo rezitieren die Mitglieder der HDJ ein Gedicht mit dem Titel »Wir suchen«. Dieses stammt nach ▼

dem Schlagwort »Diskursorientierter Linksextremismus« findet sich *LOTTA* in Gesellschaft u. a. mit dem *Unrast-Verlag*, in dem einige Standardwerke zum Thema rechte Musikkulturen erschienen und dem unter anderem vorgeworfen wird, Kampagnen zu behandeln, »die bei den Autonomen eine große Rolle spielen«.

Der Begriff »diskursorientierter Linksextremismus« wird weder inhaltlich noch juristisch haltbar definiert. Was er überhaupt sein soll, bleibt unklar. Er dient dem VS zur Kategorisierung von »Netzwerken und Medien«, die angeblich die »Verbreitung linksextremistischer Ziele vorantreiben« würden und sich nicht in den Schubladen »Parteien« oder »aktionsorientierte Gruppen« ablegen lassen.

In den letzten Jahren hat der VS in Nordrhein-Westfalen immer wieder versucht, eine Expertenrolle in Sachen »Rechtsextremismus« einzunehmen und das Etikett des Geheimdienstes gegen das eines zivilgesellschaftlichen Akteurs zu tauschen. Sei es bei der Organisation von Jugendkongressen, Bildungsveranstaltungen für Multiplikatoren oder der Herausgabe von Büchern wie »Erlebniswelt Rechtsextremismus«. Doch zeigt sich der Dienst bisweilen schlecht informiert, z. B. wenn er noch 2006 verkündete, dass keine Erkenntnisse über verstärkte Aktivitä-



ten der HEIMATREUEN DEUTSCHEN JUGEND (HDJ) im Bundesland vorliegen würden, während antifaschistische Medien schon längst über die Gründung von regionalen HDJ-Strukturen berichteten. Manchmal legt er die Karten einfach nicht auf den Tisch, zum Beispiel, wenn er behauptet, dass es keine Aktivitäten von BLOOD & HONOUR mehr gibt, obwohl einer seiner V-Männer BLOOD & HONOUR-Konzerte organisierte.

## Der Geheimdienst und die politische Bildung?

Seit einigen Jahren drängen die Geheimdienste in die politische Bildungsarbeit. Mitarbeiter der Verfassungsschutzämter gehen in Schulen, in Jugendzentren und in der Lehrerfortbildung wie selbstverständlich ein und aus. Sie informieren über Rechts- und Linksextremismus über Islamismus und andere Formen des Extremismus unter Ausländern.

Dieser Entwicklung ist entschieden zu widersprechen. Denn zur Aufgabe der Geheimdienste gehört vieles, nur nicht die politische Bildung. Die Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden sind in § 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes klar geregelt. Und die lauten: Sammlung, Auswertung von Informationen, Nachrichten und Unterlagen über Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Von einem Bildungsauftrag ist da nicht die Rede.

Hochproblematisch wird das Vordringen der Verfassungsschutzämter in die politische Bildung, wenn gleichzeitig Träger der politischen Bildung ihre Arbeit auf Grund von Mittelkürzungen nicht mehr wie gewohnt durchführen können. Die

Gefahr: Die Geheimdienste nehmen in bestimmten Bereichen der politischen Bildung zunehmend eine Monopolstellung als Fortbildner ein. Schlicht, weil sie kostengünstiger sind.

Im Sinne des Gesetzgebers ist dies nicht. Denn der hat klar zwischen nachrichtendienstlichen und bildungspolitischen Aufgaben unterschieden. Wie sollte es in einer funktionierenden Demokratie auch anders sein? Es käme schließlich kein aufrechter Demokrat auf die Idee, die Einrichtungen der politischen Bildung sollten in Zukunft neben ihren Kernauftrag auch nachrichtendienstliche Aufgaben übernehmen. Wenn doch, dann wäre dies eine andere Republik.

In der Vergangenheit haben sich bewährte Institutionen und Träger der politischen Bildung entwickelt. Dazu zählen die Arbeiterbildungsvereine, die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, die Schulen und Universitäten, kirchliche und gewerkschaftliche Bildungseinrichtungen, parteinahe Stiftungen, Jugendverbände und Vereine. Dabei sollte es auch bleiben.

Eberhard Seidel



### »Unpassende« Referenten in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg

Auch die Arbeit des *apabiz* wird durch behördliche Interventionen immer wieder berührt. Auf einem zivilgesellschaftlichen Kongress in Landau (Rheinland-Pfalz) im Oktober 2005 war neben einem Referenten des *apabiz* auch die Kultusministerin des Landes eingeladen, das Grußwort zu sprechen. Wenige Tage vor Kongressbeginn drängte die Ministerin die Veranstalter, dem Referenten abzusagen, da das *apabiz* angeblich eine linksradikale Einrichtung sei. Die Ministerin vermochte weder zu sagen, worauf sich ihre Einschätzung bezog noch woher sie diese Information hatte. Das Resultat: Das Referat fand statt, die Ministerin blieb zu Hause.

Im baden-württembergischen Winnenden sollte erst am 6. März 2009 eine Veranstaltung zum Thema »Rechte Lebenswelten« in einer Schulaula stattfinden. Eingeladen war ein Referent des *apabiz*, organisiert wurde diese von antifaschistisch engagierten SchülerInnen, die eine Zunahme rechter Aktivitäten in der Region gerade im »vopolitischen«, kulturellen Raum feststellen. Als beim Verteilen von Einladungen ein pöbelnder Neonazi verjagt wurde, nahm der hiesige Staatsschutz dies zum Anlass, ein Verbot der Veranstaltung, nicht nur in der Schule sondern auch an Ersatzorten, zu erwirken. Als offizielle Begründung musste ein zu befürchtendes Aufeinandertreffen von Linken und Rechten herhalten. Tatsächlich ist das Engagement der Jugendlichen in Winnenden den Sicherheitsbehörden ein Dorn im Auge, zudem wurde ihnen mündlich mitgeteilt, der Referent des *apabiz* sei »unpassend« und könne ja durch einen Vertreter der Kripo ersetzt werden.

### Jenseits des Hellfelds: behördliche Terra Incognita

Es ist in der Logik der Sicherheitsbehörden durchaus nachvollziehbar, dass sie die Arbeit vieler antifaschistischer Institutionen und Initiativen als »unpassend« empfinden. Die Behörden hinken mit ihren Einschätzungen und Analysen zu den Entwicklungen in der extremen Rechten stets hinterher, auch wurden in der Vergangenheit viele Unzulänglichkeiten im staatlichen Vorgehen gegen »Rechtsextremismus« offen gelegt. Die viel beachtete aktuelle Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) gibt dieser Kritik neue Nahrung. Laut KFN sind es 3,8 Prozent der 15jährigen in Deutschland, die extrem rechten Gruppen angehören, in absoluter Zahl rund 23.000. Diese Erkenntnis ist nicht neu, sie lässt sich jedoch, da sie aus dem Munde des ehemaligen niedersächsischen Justizministers Christian Pfeiffer, dem heutigen Leiter des KFN, kommt, nunmehr schwer vom Tisch wischen.

Da es in anderen Altersstufen nicht besser aussieht, wird die erhebliche Diskrepanz zwischen den Ergebnissen der Studie und den veröffentlichten Zahlen beispielsweise in den Verfassungsschutzberichten deutlich. Tatsächlich müssen die Behörden einräumen, dass sie nur in der Lage sind, das so genannte Hellfeld einzusehen, und jene Personenkreise, die sich in organisationspolitischen Zusammenhängen wiederfinden, beispielsweise auf Aufmärschen und in den Mitgliedlisten der NPD. Für das weniger Offensichtliche gibt es in den Behördenstuben kaum Erfassungskriterien. Dies mag man ihnen gar nicht vorwerfen: Die Ausleuchtung der Grauzonen und der gesamten alltagskulturellen Dimension des »Rechtsextremismus« fällt schlicht und einfach nicht in den Zuständigkeitsbereich staatlicher Exekutive.

### Fazit

Die aufgezeigten Widersprüche lassen sich für die Behörden nicht auflösen. Wenn sie nun mit derart unlauteren Methoden die Deutungs-



Die Polizei: Tragende Säule im Kampf gegen Rechts? Räumung einer antifaschistischen Blockade in Berlin im Jahr 2008.

hoheit über das Thema reklamieren, führt dies dazu, dass »Rechtsextremismus« vornehmlich als ein ordnungspolitisches Problem referiert wird – und nicht etwa als ein gesellschaftliches, das tief in der sogenannten Mitte und in den Jugendkulturen verankert ist. Dann zielen Darstellung und Analyse meilenweit am Kern des Problems vorbei und nützen denen wenig, die nach Informationen, Impulsen und Strategien für ihre Arbeit suchen: LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, Eltern, zivilgesellschaftliche Initiativen.

Um den Blick auf die alltagskulturellen Ausprägungen der extremen Rechten zu richten, um Trends und Entwicklungen in rechten Szenen zu erkennen und um die Defizite des staatlichen Vorgehens gegen rechts zu benennen, sind unabhängige antifaschistische Institutionen, Initiativen und Zeitschriften heute nötiger denn je.

Michael Weiss (*apabiz*) / Britta Kremers (*LOTTA*)

► Recherchen des *apabiz* aus der Feder von RAOUL NAHRATH, dem langjährigen Bundesführer der WJ. In pathetischem Ton wird die Werbung nach jungen Kameraden zu einer existenziellen Herausforderung für die junge Generation überhöht. Zitat: »Wir suchen den Kerl und nicht den Blassen, wir suchen den Klugen, des' Auge so klar, und nicht den Büßer aus glaubender Schar. (...) Wir suchen den Kämpfer, der dem Feinde nie wich, wir geben uns selbst – und suchen dich!« Das Gedicht wurde u.a. 1968 im WIKINGER veröffentlicht, dem Organ der WJ. Auch die SCHLESISCHE JUGEND in Thüringen hat diesen Text aktuell auf ihrer Webseite veröffentlicht. ◀

### DVDs blitzschnell verteilt

**Bundesweit** • Im letzten *monitor* wurde die Neuauflage der DVD »Kein Bock auf Nazis« verkündet. Nun ist schon wieder alles vorbei. Innerhalb von nur vier Wochen waren alle 50.000 Exemplare verteilt. Einzel-exemplare können noch (gegen Rückporto) versendet werden. Von Anfragen nach größeren Mengen bitten wir jedoch abzusehen. Auf der Neuauflage der DVD waren die Anti-Nazi-Statements von vielen Promis u. a. um Interviews mit den Bands »Fettes Brot« und »Wir sind Helden« ergänzt worden. Aktuelle Informationen zur »Kein Bock auf Nazis«-Kampagne gibt es auf [www.keinbockaufnazis.de](http://www.keinbockaufnazis.de). ◀

### Dresscode für Berliner Polizei

**Berlin** • Der Berliner Polizeipräsident Dieter Glietsch hat seinen BeamtInnen eine Reihe angeblich rechtsextremer Kleidungsmarken verboten und damit Unverständnis hervor gerufen. Auf Widerspruch der Hersteller stieß das Auflisten der Marken Fred Perry, Ben Sherman, Lonsdale und Alpha Industries. Diese werden zwar auch in extrem rechten Szenen getragen, gehen aber zum Teil sogar aktiv gegen die ungeliebte Kundschaft vor. Nach dem Protest und der Ankündigung von juristischen Maßnahmen ruderte der Polizeipräsident zum Teil zurück. Die Dienstweisung beruft sich auf den gesellschaftlichen »Grundkonsens, dass das Offenbaren rechtsradikaler bzw. rechtsextremistischer, ◀



# Nazi-Band erstmals verurteilt

Bericht ☉ Die HAMMERSKIN-Kapelle D.S.T. und ihre Freunde

**Nach insgesamt fünf Verhandlungstagen verurteilte die Staatsschutzkammer des Berliner Landgerichts am 17. März 2009 zwei Mitglieder der Naziband DEUTSCH, STOLZ, TREUE (D.S.T. bzw. X.x.X.) wegen Volksverhetzung und dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu Bewährungshaftstrafen von 14 sowie 10 Monaten. Ein dritter Angeklagter wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen.**

► fremdenfeindlicher oder antisemitischer Gesinnungen (...) nicht geduldet werden kann.« Demnach seien folgende Marken untersagt: ACAB, CONSDAPLE, MASTERRACE EUROPE, RIZIST, PIT BULL, OUTLAW, TROUBLEMAKER sowie THOR STEINAR.

Unsinnig war die Kritik der Gewerkschaft der Polizei. Sie beklagte, dass unterstellt werde, die BeamInnen könnten überhaupt solche Marken tragen. Offensichtlicher Hintergrund der Maßnahme war das provokante Auftreten eines Zivilbeamten auf einer Kundgebung am 9. November 2008 in THOR STEINAR-Outfit (siehe *monitor* Nr.38). ◀

## Rückgang rechter Gewalttaten in Brandenburg

**Brandenburg** • Für das Jahr 2008 hat der Verein *Opferperspektive e.V.* deutlich weniger rechte Gewalttaten gezählt als in den Jahren zuvor.

Demnach waren bei 104 Angriffen 174 Menschen betroffen, während es 2007 noch 262 Geschädigte bei 159 Übergriffen waren. Jedoch ist erstmals wieder ein Todesopfer zu verzeichnen. In Templin sollen am 22.

Juli 2008 zwei Neonazis einen Obdachlosen aus niederen Beweggründen über mehrere Stunden brutal misshandelt und letztlich getötet haben. Derzeit läuft das Verfahren vor dem Landgericht Neuruppin.

Auch wenn die Zahlen ermutigen, wird sich erst zeigen müssen, ob es sich tatsächlich um eine anhaltende Tendenz oder nur um einen kurzfristigen Rückgang handelt. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass es eine nicht zu unterschätzende Dunkelziffer geben dürfte. ◀

## Landesparteitag der NPD

**Berlin** • Am 14. März 2009 führte der Berliner Landesverband der NPD seinen Landesparteitag in der Bundeszentrale in Berlin-Köpenick durch. Etwa 30 TeilnehmerInnen wählten die Landesliste für die Bundestagswahl im September. Diese wird vom Bundesvorsitzenden Udo VOIGT angeführt. Auf den folgenden Plätzen finden sich JÖRG HÄHNEL, MANUELA TÖNHARDT, JAN STURM, THOMAS VIERK, STEFAN LUX, IMANUEL REGEHLI sowie MATTHIAS WICHMANN, RICHARD MIOSGA und SEBASTIAN DÖHRING. An den lautstarken Gegenprotesten beteiligten sich einige hundert Personen ▼



Die Kammer sah es als erwiesen an, dass die Brüder PETER und ALEXANDER BRAMMANN (Spitzname „DER NEFFE“) im Jahr 2002 Mitglieder der Berliner Band waren. Im Tatzeitraum produzierten sie gemeinsam eine CD mit dem Titel »Ave et Victoria« samt zugehörigem Cover und Booklet. Die CD enthielt Musik mit rechtsextremistischen und antisemitischen Texten; Cover und Booklet des Musikträgers zeigten unter anderem eine Doppelsigrune und Hakenkreuze. Der Sänger von D.S.T., PETER BRAMMANN, war im April 2002 festgenommen worden, als er einem potentiellen Käufer über 100 CDs überbringen wollte. Bei der Hausdurchsuchung seines Bruders ALEXANDER waren CDs und T-Shirts von D.S.T. sowie eine Hakenkreuzfahne, Aufkleber mit Hakenkreuzen und Bilder von NS-Größen gefunden worden. Nicht an dem Verfahren beteiligt war der Schlagzeuger von D.S.T., ALEXANDER WILLIBALD BAHL, der auch in der Band SPREEGESCHWADER spielte und im Mai 2007 wegen eines Raubüberfalls auf einen Szenekonkurrenten zu drei Jahren Haft verurteilt worden war.

## Hammerskins in Berlin

In diesem Verfahren stand mit der seit 1994 aktiven Band D.S.T. ein Knotenpunkt der Berliner Rechtsrock-Szene und dessen Arbeitsweise im Licht der Öffentlichkeit. BRAMMANN, BAHL und Co. verfügen über das international agierende Label der HAMMERSKINS über weitreichende Kontakte, die sie für die Vermarktung ihrer Musik nutzen. Hergestellt im Ausland, war die CD »Ave et Victoria« für den illegalen Markt bestimmt und wurde per Mittelsmänner und Kurierere vertrieben. Aufgeflogen war die Verteilung im Jahr 2002 durch den damaligen Verfassungsschutz-Informanten TONI STADLER aus Guben (Branden-

burg), der selber mit Rechtsrock handelte und gegen Informationen ungestört seinen Tätigkeiten nachgehen konnte.

Das elitär auftretende HAMMERSKIN-Netzwerk erweist sich bei näherer Betrachtung vor allem als gewachsener Kreis von Rechtsrock-Aktivisten, die über ihre persönliche Kontakte Zugriff auf Produktions-, Vertriebs- und Konzertinfrastruktur haben. Diese werden für die szeninterne Versorgung mit illegaler Nazipropaganda genutzt. Staatliche Repression, die in Berlin in den letzten Jahren deutlich angezogen hat, hält die Mitglieder des Netzwerkes nur kurzfristig von weiteren Aktionen ab. Wegen anderer D.S.T.-Produktionen wurden allein im Jahr 2007 fünfmal Räume von Mitgliedern der Band durchsucht. Unangenehm für die Berliner Polizei: Das LKA musste im März 2007 auch die Wohnräume eines Polizeibeamten durchsuchen, der verdächtigt ist, an der Verteilung der 2007 entstandenen CD »Gift für die Ohren« mitgewirkt zu haben. Weiteres Detail: Der Beamte war damaliger Lebensgefährte von MICHAELA ZANKER, die zu dieser Zeit für den Berliner Landesverband der NPD die Mitgliederverwaltung betreute.

Der jetzt zu 10 Monaten verurteilte ALEXANDER BRAMMANN ist als Lebenszeitbeamter in der Verwaltung des Berliner Bezirks Mitte tätig und wird bei einem Bestand des Urteils mit der Aufhebung seines Dienstverhältnisses zu rechnen haben. Die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte entschied auf ihrer Sitzung am 19. März einstimmig, dass das Bezirksamt unverzüglich alle rechtlichen Schritte unternehmen soll, »damit Dienstverhältnisse mit Beamten, die strafrechtlich wegen Volksverhetzung und der Verwendung von verfassungswidrigen Kennzeichen verurteilt wurden, schnellstmöglich beendet werden«. Ulli Jentsch / Maurice Reisinger



# »Von Prag besetztes Gebiet«

Bericht ➔ Ausstellung der »Sudetendeutschen« will völkerrechtliche Provokationen und exzessive Verbalattacken präsentieren

**Museen über die »Vertreibung« der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg sind en vogue. Nicht nur Berlin erhält eines, das »Zentrum gegen Vertreibungen«, dessen Errichtung nach jahrelangem Streit nun beschlossene Sache ist. Auch München soll ein »Vertriebenen«-Museum bekommen, an prominentem Ort in der Innenstadt, voraussichtlich in unmittelbarer Nähe zum Kulturzentrum am Gasteig. Trägerin ist die SUDETENDEUTSCHE STIFTUNG, die einst mit staatlichen Geldern errichtet worden ist, um den Anliegen der SUDETENDEUTSCHEN LANDSMANN-SCHAFT eine angemessene finanzielle Basis zu verschaffen. Die »Vertriebenen«-Organisationen erwarten zusätzlich staatliche Fördermittel für ihr Projekt.**

**G**eht es nach der SUDETENDEUTSCHEN LANDSMANN-SCHAFT, dann könnte als Kern des künftigen SUDETENDEUTSCHEN MUSEUMS eine Ausstellung dienen, die im Mai 2007 im Bayerischen Landtag und danach in mehreren deutschen Städten gezeigt worden ist. Sie enthält schwere Angriffe gegen die Tschechische Republik, nicht nur schwere völkerrechtliche Provokationen, sondern auch exzessive Verbalattacken gegen den in Prag verehrten ehemaligen Staatspräsidenten Edvard Beneš.

So vermittelt die Ausstellung nicht nur die Ansicht, die »Vertriebenen« besäßen einen Anspruch auf Entschädigung durch ihre Herkunftsstaaten. Polen und die Tschechische Republik müssten demnach erhebliche Summen an umgesiedelte Ostpreußen, Schlesier oder Sudetendeutsche bezahlen. Vor allem macht die Ausstellung Stimmung für das Münchner Diktat vom 30. September 1938, das NS-Deutschland den Einmarsch in die »Sudetengebiete« gestattete. Während Großbritannien und Frankreich noch während des Krieges zugaben, dass das Münchner Diktat von Anfang an ein Unrechtsakt war, vermittelt die Ausstellung die gegenteilige Ansicht. Demnach konnte »das Sudetenland als [durch Prag] besetztes Gebiet interpretiert werden«, das »nie legitim« zur 1918 gegründeten Tschechoslowakei gehört habe. Der Einmarsch der Wehrmacht wäre demnach ein Akt der

»Befreiung« gewesen, die Umsiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg ein Terrorakt.

Derlei Auffassungen, die nach dem Willen der SUDETENDEUTSCHEN LANDSMANN-SCHAFT im künftigen SUDETENDEUTSCHEN MUSEUM die öffentliche Meinung prägen sollen, werden in der Ausstellung von heftigen Angriffen gegen den ehemaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Beneš begleitet. So liest man neben den üblichen Diffamierungen auch, Beneš trage eine Mitschuld am Mord an hunderttausenden Jüdinnen und Juden in den deutschen Vernichtungslagern. »Zu den schweren Verfehlungen Beneš' im Londoner Exil gehört, dass er dort lange und wider besseres Wissen behauptete, das NS-Regime würde Juden und Slawen ähnlich oder sogar gleich behandeln«, heißt es in der Ausstellung. »Diese Fehlinformation hat dazu beigetragen, dass die Westalliierten auch einfache Hilfsmaßnahmen für die verfolgten Juden – etwa die unbegrenzte Aufnahme jüdischer Flüchtlinge oder die Bombardierung der Zufahrtsstrecken zu den Vernichtungslagern – unterließen.«

Die Ausstellung ist mit staatlichen Geldern und im Auftrag des Sudetendeutschen Rates erstellt worden, einer überparteilichen Organisation, deren Mitglieder je zur Hälfte von der SUDETENDEUTSCHEN LANDSMANN-SCHAFT und von den Parteien des Deutschen Bundestages nominiert werden. Man muss sie ernst nehmen. Fast 65 Jahre nach dem Beginn der Umsiedlung verzeichnen die »Vertriebenen«-Verbände wegen ihrer Altersstruktur einen starken Mitgliederverlust, in nicht allzu ferner Zukunft werden sie auf einen Bruchteil ihrer einstigen Personalstärke geschrumpft sein. Bislang haben sie zuverlässig aggressive Ansprüche gegenüber ihren Herkunftsstaaten aufrecht erhalten. Nun werden Alternativen bereitgestellt. Dazu gehören Museumsprojekte wie das Berliner »Zentrum gegen Vertreibungen« oder auch das Münchner SUDETENDEUTSCHE MUSEUM. Sie sollen das Bewusstsein der künftigen Generationen prägen, die zur Umsiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg keinerlei persönlichen Bezug mehr haben.

Jörg Kronauer

► verschiedenster Parteien und antifaschistischer Gruppen. Ursprünglich sollte der Parteitag in einem Seniorenheim in Lankwitz (Steglitz) stattfinden, in dem bereits in der Vergangenheit mindestens zwei Veranstaltungen der NPD stattfanden. Aufgrund eines Gerichtsbeschlusses kam aber der Mietvertrag nicht zustande und die NPD musste auf ihre eigenen Räumlichkeiten im Bezirk Köpenick zurückgreifen. ◀

## Nazis gegen »Kinderschänder«

**Berlin** • Vor dem Amtsgericht Tiergarten in Berlin-Moabit führten Neonazis am 27. März eine Mahnwache unter dem Motto »Höhere Strafen für Kinderschänder« durch. Anlass war ein laufender Prozess mit dem Vorwurf des Kindermisbrauchs. Dem hetzerischen Aufruf der Anmelderin GESINE HENNRICH folgten rund 35 Neo-



nazis. Etwa 100 AntifaschistInnen beteiligten sich trotz weiträumiger Absperrung durch die Polizei an der Gegenveranstaltung. Die ehemalige NPD-Kreisvorsitzende von Marzahn-Hellersdorf HENNRICH und ihr Mitorganisator HANS-JOACHIM HENRY verließen im Februar die NPD aufgrund von Streitigkeiten mit dem Landesvorsitzenden JÖRG HÄHNEL. Seitdem versuchen sie, weitere ehemalige NPD-Mitglieder unter dem Namen FREIES NATIONALES BÜNDNIS (FNB) zu sammeln. Gegründet wurde das FNB von ehemaligen NPD-Mitgliedern aus dem sächsischen Plauen im Vogtland, eine Gründung von Kreisverbänden in Berlin sei vereinbart worden, meldete HENRY auf seiner Homepage [www.ex-k3-berlin.de](http://www.ex-k3-berlin.de). ◀

Sudetendeutsche Propaganda aus den 1950er Jahren.





## Türkischer Faschist abgestürzt

**Türkei** • Am 25. März, kurz vor den Regionalwahlen in der Türkei, starb neben fünf weiteren Menschen auch der türkische Faschist MUHSIN YAZICIOGLU bei einem Hubschrauber-Absturz. YAZICIOGLU war zuletzt Abgeordneter und Vorsitzender der nationalistischen islamistischen PARTEI DER GROßEN EINHEIT (BÜYÜK BIRLIK PARTISI - BBP). Seit seiner Jugend Mitglied der GRAUEN WÖLFE, war er ab 1978 deren Vorsitzender und Berater des Führers der rechtsextremen PARTEI DER NATIONALEN BEWEGUNG (MILLIYETÇI HAREKET PARTISI - MHP), ALPARSLAN TÜRKES. In dieser Zeit kam es zu einer Unmenge an politischen Morden und Massakern, vor allem an Linken. YAZICIOGLU saß danach für über sieben Jahre in Haft und schloss sich dann der MHP-Nachfolgepartei an, bis er 1993 mit der BBP seine religiöse Variante des türkischen Nationalismus gründete. Auf der Trauerfeier in Ankara waren Tausende AnhängerInnen der nationalistischen Bewegung anwesend, neben vielen heutigen und ehemaligen RegierungsvertreterInnen auch der heutige Chef der MHP, DEVLET BAHÇELI, und der nationalistische Barde OZAN ARIF. ◀

## Alter neuer NPD-Vorsitzender

**Berlin** • Im Bezirksrathaus von Berlin-Reinickendorf führte die NPD am 4. und 5. April einen außerordentlichen Bundesparteitag durch. Im Mittelpunkt stand nach wochenlangen parteiinternen Streitigkeiten vor allem die Neuwahl des Bundesvorsitzenden. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit konnte sich der bisherige Bundesvorsitzende UDO VOIGT gegen seinen Widersacher UDO PASTÖRS (Fraktionsvorsitzender im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern) mit 136 zu 72 Stimmen durchsetzen. Neue Stellvertreter wurden JÜRGEN RIEGER, KARL RICHTER und FRANK SCHWERDT. Als Beisitzer im Bundesvorstand wurden JENS PÜHSE, KLAUS BEIER, JÖRG HÄHNEL, ULRICH PÄTZOLD, MANFRED BÖRM, ECKART BRÄUNIGER, THORSTEN HEISE, UWE SCHÄFER sowie CLAUD CREMER, FRANK ROHLEDER, THOMAS WULFF, ULRICH EIGENFELD und WOLFGANG SCHIMMEL gewählt. Neben PASTÖRS gehören auch weitere langjährige NPD-Funktionäre und »Voigt-Kritiker«, wie HOLGER APFEL und PETER MARX, nicht mehr zum Bundesvorstand. Als gemeinsamer Kandidat ▼

# HDJ nach langem Zögern verboten

Bericht ➞ Verbot der Nazi-Kaderschmiede führt zu einem Loch auch in der Infrastruktur der NPD

Am 31. März hat Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble die HEIMATREUE DEUTSCHE JUGEND (HDJ) wegen ihrer verfassungsfeindlichen Ausrichtung verboten. Am selben Tag wurden Hausdurchsuchungen in mehreren Bundesländern, darunter Berlin und Brandenburg, durchgeführt; das Vermögen wurde beschlagnahmt. Ein mögliches Verbot piffen seit mehr als einem halben Jahr die sprichwörtlichen Spatzen von den Dächern. Im Oktober 2008 hatte das BKA bereits Razzien in fast hundert Objekten unternommen. Schon diese Maßnahmen hatten bei ExpertInnen Erstaunen hervorgerufen, sollten doch hiermit verbotsrelevante Erkenntnisse gewonnen werden. Seitdem waren die Aktivitäten der neonazistischen Organisation merklich zurückgegangen und wurden konspirativer vorbereitet.

Die meisten »verbotsrelevanten Erkenntnisse« hatten aber zuvor bereits antifaschistische Initiativen und JournalistInnen gesammelt. Die Behörden hatten die Entwicklung der HDJ zur größten Kaderschmiede des bundesdeutschen Neonazismus jahrelang verschlafen.

Das Verbot trifft eine Organisation für die völkische Erziehung von Jugendlichen und Kindern ab sieben Jahren, die die Nachfolge der 1994 verbotenen WIKING JUGEND angetreten hatte. Die Lager und Heimabende der HDJ waren für überzeugte nationalsozialistische Eltern die geeigneten Orte, um ihre Kinder im Sinne der eigenen Weltanschauung zu erziehen und von den schädlichen Einflüssen der Konsumgesellschaft fernzuhalten.

Hierin sahen auch viele BeobachterInnen eine oft unterschätzte Gefahr: Dass durch die HDJ viele Kinder schon in jungen Jahren so indoktriniert wurden, dass sie keinen Weg mehr aus dem engen Geflecht von Familie und »weltanschaulicher Gemeinschaft« finden könnten.

In den Funktionärsrängen der HDJ tummelten sich hochrangige Mitglieder der NPD. Damit trifft das Verbot auch jene völkischen Kreise in der NPD, die sich der Kindererziehung gewidmet haben. Es ist jetzt schon sicher, dass das Verbot der HDJ eine Lücke auch in die Infrastruktur der NPD geschlagen hat, die nach einem Ersatz verlangt. **Ulli Jentsch**

In dieser Rubrik stellen wir jeweils einen Vortrag, Workshop oder ein Seminar aus unserem Bildungsprogramm vor. Den kompletten ReferentInnen-Katalog gibt es unter [www.apabiz.de](http://www.apabiz.de).

**bildung en detail** Neuer Vortrag im Programm

## Die Modemarke THOR STEINAR

Im Jahr 2002 wurde die Modemarke THOR STEINAR der Firma MEDIATEX GMBH markenrechtlich registriert. Bei Rechtsextremen erfreut sie sich seitdem großer Beliebtheit. Denn mit teils recht offenkundigen Anspielungen auf nordische Mythologie, Militarismus/Nationalsozialismus, deutsche Kolonialzeit sowie Gewalt/Militanz wird gerade dieses Klientel gezielt bedient, auch wenn der Geschäftsführer UWE MEUSEL stets bemüht ist, THOR STEINAR als normale Modemarke zu etablieren.

Im Laufe der Jahre wurde ein florierendes Wirtschaftsunternehmen geschaffen, mit einem jährlichen Umsatz von mehreren Millionen Euro. Das umfangreiche Sortiment kann über den Online-Shop und rechte Versände erworben werden, in einigen Städten wurden zudem Ladengeschäfte eröffnet. Mit einem Investor aus Dubai soll nun der internationale Markt erschlossen und das Angebot ausgebaut werden.

Das *apabiz* hat in Kooperation mit dem *Antifaschistischen Infoblatt* und den AutorInnen der Broschüre »Investigate Thor Steinar« und anderen einen Vortrag erarbeitet, der deutlich macht, dass es sich bei THOR STEINAR um keine normale Modemarke handelt. Nach allgemeinen Vorbemerkungen zu rechten Marken werden Hintergründe der geschäftsführenden Personen und deren Verbindungen zur rechten Szene geliefert.

Im Anschluß werden der Name, das alte und das neue Firmenlogo sowie Kollektionsbeispiele einer detaillierten Deutungsanalyse unterzogen. Abschließend werden bereits erfolgte Proteste und Gegenmaßnahmen vorgestellt, um Möglichkeiten zu diskutieren, aktiv etwas gegen Thor Steinar zu unternehmen.

Der Vortrag ist ab sofort beim *apabiz* zu buchen. Wir bitten euch, uns einen Vorlauf von einigen Wochen einzuräumen. ◀



# Reisebeschreibung statt Analyse

Rezension ☞ Ruf, Christoph/Sundermeyer, Olaf: »In der NPD: Reisen in die National befreite Zone«. C.H. Beck Verlag, München 2009, 228 Seiten.

**T**itel und Vorwort des Ende Februar erschienenen Buches offerieren den LeserInnen eine Insiderreportage aus dem politischen Innenleben der Partei. Das klingt neu und interessant. Und tatsächlich sprachen die Autoren offenbar mit einer Vielzahl von NPD-FunktionärInnen, was jedoch nicht gleichbedeutend mit einem Einblick in das innere Gefüge der Partei ist, von der manch findige JournalistInnen bereits glauben, sie sei ob ihrer Finanzkrise an ihr finales politisches Ende gelangt.

**D**enn statt bei ihren Gesprächspartnern nachzuhaken, arbeiten sich die Autoren am politischen Habitus und persönlichen Gestus der von Ihnen befragten NPD-PolitikerInnen ab. Dies aber ergäbe nur Sinn, wenn die Autoren sich im Klaren darüber wären, wofür sie die NPD halten wollen. Doch nach präzisen analytischen Standortbestimmungen der Strategie der NPD sucht man in dem Buch vergebens. Stattdessen verwenden die Autoren viele Seiten darauf, die Atmosphäre zu skizzieren, in der die Erfolge der Partei gedeihen.

## Wenig Analysen

Leider sind diese Beschreibungen zu detailliert, zu weitschweifig und eben nicht zurückgebunden an eine Analyse, welche Eigenschaften es der Partei erlauben partiell in der Mitte der Gesellschaft zu ankern. Ein Beispiel: In einem Kapitel wird der Versuch von NPD und Kameradschaften beschrieben, im südhüringischen Schleusingen die freiwillige Feuerwehr zu unterwandern. Da kommen dann die PfarrerIn, der Feuerwehrchef, der örtliche Kameradschaftsführer und schließlich NPD-Pressesprecher KLAUS BAIER in indirekter Rede zu Wort. Es mangelt dem Kapitel nicht an Details, sich den Gang der Dinge in Schleusingen vorzustellen. Es mangelt den Autoren an analytischem Instrumentarium, ihre Beobachtungen zusammenfassend auf den Begriff zu bringen. Die Autoren dringen nicht zum Kern jenes Problems vor, das in den Medien so gern mit dem Begriff »national befreite Zone« beschrieben wird. Die ostdeutsche Problemkonstellation, welche den Nährboden für rechtsextreme Erfolge bildet, erwähnen die Autoren als buntes Kaleidoskop, einer analytischen Zuspitzung weichen sie aus.

So gerät was als reportagehafte Hinführung zu den einzelnen Kapiteln gedacht ist zur Landschaftsbeschreibung. Das mag für eine Reporta-

ge in einer Tages- oder Wochenzeitung hinreichend sein, für ein Sachbuch ist es zu wenig.

## Mit Glanzstück

Einziges Glanzstück des Bandes ist ein Interview der Autoren mit dem sächsischem NPD-Landtagsabgeordneten JÜRGEN GANSEL. Die Fragen sind so gewählt, dass Gansel sich zu gänzlich unverstellten Antworten herausgefordert sieht, die Zeugnis geben von jenen geistigen Quellen aus denen sich die NPD zu bedienen sucht. Das dies beileibe nicht nur der Nationalsozialismus ist, fällt den Autoren nicht weiter auf, schmälert aber die Authentizität von Gansels Aussagen nicht.

Doch schon das Porträt des Münchner Stadtrates KARL RICHTER fällt hinter die Qualität des Gansel-Interviews zurück. Da die Autoren Richter offenbar intellektuell nicht packen können, verlegen sie sich darauf zu beschreiben, wie Richter Eis und Kaffee bestellt. Die Autoren sind von der Fähigkeit Richters zur selbstkritischen Reflexion zu beeindruckt, um zu bemerken, dass die Partei ein intellektuelles Umfeld hat, in dem solche Autoren wie Richter zu Hause sind. Am Ende erscheint er als intelligenter Kauz, dessen kultivierte Art nach Auffassung Autoren nicht so recht zur NPD passen will.

## Resumee

Mit rechtsextremen Begriffen nehmen es die Autoren nicht so genau. Das ist ärgerlich, da so rechtsextrem geprägte Begriffe im Diskurs über die NPD aufgewertet werden. Primärquellen sind nicht die Stärke des Buches. Die wenigen verzeichneten Anmerkungen verweisen vielmehr auf Sekundärquellen wie Tageszeitungen und andere Buchpublikationen über die NPD. Offenbar verzichteten die Autoren auf eine systematische oder wenigstens themenzentrierte Auswertung rechtsextremer Publikationen. Zudem hat der Verlag vielleicht aus Kostengründen auf ein Register und ein Literaturverzeichnis verzichtet.

Zweifelsohne ist das Buch flott geschrieben und liest sich als Schauerschwömer über die Erfolge der NPD ganz behaglich. Es mag moralische Empörung darüber auslösen, wie weit die NPD in die Gesellschaft vorgedrungen ist, ohne sich um politische Konjunkturen des Themas zu scheren. Neue Erkenntnisse und Einsichten, griffige und originelle Analysen bietet das Buch indes nicht.

Christian Grünert

► von NPD und DVU für das Amt des Bundespräsidenten wurde der Neonazi-Liedermacher FRANK RENNICKE gewählt.

Zu Beginn der Veranstaltung wurden sämtliche PressevertreterInnen ausgeschlossen und ebenso wie die VertreterInnen des Bezirks des Saales verwiesen. Ein geplanter Boykott der NPD-Pressekonferenz am 5. April von Seiten der ausgeschlossenen Presse wurde aufgrund der Uneinigkeit der JournalistInnen nur teilweise durchgeführt. Während des Parteitages kam es am 4. April zu einer Blockade von verschiedenen Antifa-Gruppen, an der sich etwa 300 Personen beteiligten, sowie zu einer Demonstration von Parteien und Gewerkschaften mit über 600 TeilnehmerInnen. ◀

## Deutlicher Anstieg rechter Gewalttaten in Berlin

**Berlin** • Die Opferberatungsstelle Reach Out hat für 2008 im Vergleich zu 2007 einen deutlichen Anstieg rechter, rassistischer, antisemitischer und homophober Gewalttaten zu verzeichnen. Demnach wurden bisher 148 Angriffe gelistet, 112 waren es ein Jahr zuvor. Mit 65 Taten war der Großteil rassistisch motiviert, dies bedeutet einen massiven Anstieg ausgehend von 39 im Jahr 2007. Erneut ist Friedrichshain der Bezirk mit den meisten rechten Gewalttaten, für 2008 wurden hier bisher 30 gemeldet (2007: 24). Da für das Jahr 2007 berlinweit noch insgesamt über 20 Nachmeldungen erfolgten, ist Ähnliches für 2008 zu erwarten. Außerdem gilt für Berlin ebenso wie für Brandenburg, dass mit einer sehr viel größeren Dunkelziffer zu rechnen ist.



## Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.V. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

### ► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

### ► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

### ► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem apabiz e.V. eine Einzugsermächtigung über monatlich \_\_\_\_\_ Euro (mind. 5 Euro).

### ► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.  
 einmalig \_\_\_\_\_ Euro überwiesen.

Kontonummer: \_\_\_\_\_

Bank und BLZ: \_\_\_\_\_

Name/Organisation: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

# Neu im Archiv

**In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.**

• *Häusler, Alexander; Killguss, Hans-Peter (Hrsg.): »Feindbild Islam – Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen. Dokumentation zur Fachtagung vom 13. September 2008«. Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, 2008.*

Seit inzwischen fast fünf Jahren ist die rechtspopulistische und extrem rechte BÜRGERBEWEGUNG PRO KÖLN im Stadtrat vertreten. Im Mittelpunkt ihrer politischen Aktivitäten steht die anti-islamische Hetze und eine Anti-Moschee-Bau-Kampagne. Die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln veranstaltete u. a. vor diesem Hintergrund eine Tagung zum Thema Anti-Islamismus und (Rechts-) Populismus mit verschiedenen ReferentInnen aus der politischen Bildungsarbeit sowie Wissenschaft und Presse. In der Dokumentation sind sämtliche Diskussionsbeiträge veröffentlicht und durch Literaturhinweise ergänzt worden.

• *Gabler, Jonas : »Ultrakulturen und Rechtsextremismus. Fußballfans in Deutschland und Italien«. PapyRossa Verlag, 2009.*

Im Mittelpunkt des ursprünglich als Diplomarbeit verfassten Textes steht der Vergleich der deutschen und italienischen Fußballszene unter dem Gesichtspunkt des Rechtsextremismus. Nach einer historischen Abhandlung und einer Vorstellung der jeweiligen Fankulturen wird auf die länderspezifischen Besonderheiten eingegangen. In der Betrachtung werden auch die unterschiedlichsten Projekte und Programme gegen rechte Tendenzen beim Fußball miteinbezogen. Abschließend werden die beiden nationalen Fankulturen verglichen.

• *Walke, Anika: »Jüdische Partisaninnen. Der verschwiegene Widerstand in der Sowjetunion«. Karl Dietz Verlag, 2007.*

Jüdischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg – vor allem von Frauen – fand in der Sowjetunion kaum Beachtung. Diese historische Lücke versucht die Autorin durch die Veröffentlichung von acht Interviews mit Jüdinnen aus der Ukraine und Weißrussland zu schließen. Die Interviewpartnerinnen haben während des Zweiten Weltkrieges bei den sowjetischen PartisanInnen gekämpft und/oder mussten unter der nationalsozialistischen Besatzung als Zwangsarbeiterinnen arbeiten.

• *Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): »Deutsche Zustände. Folge 7«. Suhrkamp Verlag, 2007.*

Bereits zum siebten Mal erscheint die Studie »Deutsche Zustände« zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Unter diesem Begriff werden

Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus sowie Abwertung von Obdachlosen, MuslimInnen und Homosexuellen zusammengefasst. In einzelnen Aufsätze werden Erscheinungsweisen, Ursachen sowie Entwicklung zu diesem Themenkomplex aktuell beschrieben. Sämtliche Ausgabe der Deutschen Zustände befinden sich in der Bibliothek des apabiz.

• *Jugend-Aktions- und Projektwerkstatt Jena / Junge Gemeinde Stadtmitte: »Rechtsextreme Strukturen in Jena«. Selbstverlag, 2009.*

Auf knapp 40 Seiten wird ein Überblick über die rechtsextremen Strukturen in der thüringischen Stadt geliefert. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf der Entwicklung und den ProtagonistInnen aus dem Spektrum der FREIEN KAMERADSCHAFTEN sowie der lokalen NPD/JN. Der zweite Schwerpunkt ist die Darstellung von rechter Subkultur anhand des überregionalen Nazi-Events »Fest der Völker« in Jena und die Erklärung der wichtigsten »Dresscodes der Nazis«. Es folgen thematische Ergänzungen mit Beiträgen zur »Neuen Rechten« oder Rassismus.

• *Köditz, Kerstin: »und morgen? – Extreme Rechte in Sachsen«. Verbrecher Verlag, 2009.*

Die Autorin ist seit 2001 sächsische Landtagsabgeordnete für Die Linke und Fraktionssprecherin für antifaschistische Politik. In dem Buch werden nicht nur die Arbeit und die Personen der NPD-Fraktion in Sachsen beschrieben, sondern auch weitere Facetten der extremen Rechten in Sachsen aufgezeigt. Anschaulich werden hierbei die politische Arbeit der Kameradschaftsszene und des Vereins GEDÄCHTNISSTÄTTE E. V. in regionalen Strukturen beschrieben.

## Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser **Info-Paket** in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den **ReferentInnen-Katalog** inklusive Updates
- zwei Exemplare aller **neuen Publikationen** des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- **Sonderkonditionen** bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!